

CDU + FDP: „Kultusminister Stoch will die ideologische Bildungspolitik auf dem Rücken der Lehrerinnen und Lehrer finanzieren“

7. Mai 2013

Pressemitteilung

Bildungspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Georg Wacker MdL und der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Dr. Tim Kern MdL:

„Kultusminister Stoch will die ideologische Bildungspolitik auf dem Rücken der Lehrerinnen und Lehrer finanzieren“

„Kultusminister Stoch bestätigte in einer von der CDU-Fraktion beantragten Regierungsbefragung, dass er massive Einschnitte in das allgemeine Entlastungskontingent vornehmen wird. Dabei sollen über alle Schularten 14 Prozent der Entlastungsstunden – rund 230 Stellen – gestrichen werden. Mit großer Sorge nehmen wir wahr, dass Kultusminister Stoch einer groben Fehleinschätzung unterliegt, wenn er die mit dem Entlastungskontingent geschaffenen schulischen Angebote als ‚nice to have‘ begreift. Das Gegenteil ist der Fall: Es fallen wichtige Förder- und Unterstützungsangebote weg bzw. Lehrerinnen und Lehrer werden erheblich mehr belastet“, sagten der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Georg Wacker MdL, und der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Timm Kern MdL, am Dienstag (7. Mai) in Stuttgart mit Blick auf die geplanten Kürzungen im allgemeinen Entlastungskontingent.

„Von der Kürzung der Entlastungsstunden sind neben pädagogischen Maßnahmen auch außerunterrichtliche Aufgaben, welche sich positiv auf das Schulklima auswirken, betroffen. Bei der Streichung der Entlastungsstunden handelt es sich um eine verdeckte Erhöhung der Arbeitszeit für die Lehrerinnen und Lehrer. Seitens der Schulen werden dann bestimmte Angebote wie Exkursionen, Elterngespräche oder die Betreuung von Netzwerken und vieles Mehr nicht mehr aufrecht gehalten werden können – aber auch Lernmittelsammlungen, Fachräume und anderes blieben ohne Betreuung“, erläuterte Wacker.

„Die grün-roten Kürzungspläne sind geeignet, die Lehrerinnen und Lehrer erheblich zu demotivieren und zu einem ernstem Problem für die Schulen zu werden. Zeigen lässt sich das am Beispiel Mediathek: Es wird eine Anrechnungsstunde gegeben für die Einweisung und Anleitung von Schülerinnen und Schülern, die Beaufsichtigung während der Pausenöffnungszeiten und die Betreuung von neuen Medien, Zeitschriften etc., damit diese den Schülern auch zeitnah zur Verfügung stehen. Das ist schon heute viel mehr Arbeit als die erteilte wöchentliche Anrechnungsstunde“, erklärte Dr. Kern.

„Kultusminister Stoch machte in der Regierungsbefragung deutlich, dass er zudem eine Kürzung oder gar Streichung der Altersermäßigung plant. Das ist ein harter Schlag für ältere Lehrerinnen und Lehrer, da der reduzierte Unterrichtseinsatz in den letzten Berufsjahren ein sehr wichtiger Baustein zur Gesundheitsprävention ist. Diese Erleichterung wird nun gestrichen, um so eine verdeckte Erhöhung der Lebensarbeitszeit vorzunehmen und die bildungspolitischen Prestigeprojekte finanzieren zu können“, erklärte Wacker.

„Besorgnis erregend ist ferner, dass der Kultusminister einen Zusammenhang zwischen den Kürzungsplänen im Ergänzungs- bzw. Entlastungsbereich und den in diesem Jahr zu streichenden 1 000 Lehrerstellen vornimmt. Das zeigt, dass Grüne und SPD mit 11 600 Lehrerstellen als so genannter ‚demographischer Rendite‘ viel zu hoch gegriffen haben, zumal noch ideologisch motivierte Prestigeprojekte wie die teure Gemeinschaftsschule oder der unnütze Modellversuch G9 zu finanzieren sind. Denn hätten die Koalitionäre die demographische Rendite realistisch berechnet und auf kostspielige Mehrausgaben verzichtet, bräuchten sie ja nicht an anderer Stelle Einsparungen vorzunehmen. Es ist

somit zu befürchten, dass mit den aktuellen Kürzungen noch lange nicht das Ende der Fahnenstange erreicht ist“, so Timm Kern.

„Hinzu kommt, dass durch den Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung die Heterogenität – gerade an Realschulen und Gymnasien – deutlich ansteigt. Da ist eher ein Mehr an schulischen Förderangeboten notwendig. Ebenso macht die Ankündigung des Kultusministers, das Sitzenbleiben abzuschaffen bzw. überflüssig zu machen, einen Ausbau der individuellen Förderung notwendig. Wie der Kultusminister dies mit einer Streichung beispielsweise der Hausaufgabenbetreuung schaffen will, bleibt sein Geheimnis. CDU und FDP werden alles daran setzen, den Kultusminister und seine grün-rote Koalition von ihrem die Qualität der Bildung gefährdenden Kurs abzubringen. Einen Antrag zu den Kürzungsplänen und ihren Auswirkungen haben wir aktuell in den Landtag eingebracht“, so die beiden Bildungspolitiker Georg Wacker und Dr. Timm Kern.

Hintergrund

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und FDP/DVP (Drs. 15/3435): „Die Kürzungen im Entlastungskontingent verschlechtern die Unterrichtsqualität“

Quelle: Landtagsfraktionen von CDU und FDP

ANTRAG siehe nächste Seite

Antrag

der Abg. Georg Wacker u. a. CDU und
der Abg. Dr. Timm Kern u. a. FDP/DVP

Die Kürzungen im Entlastungskontingent verschlechtern die Unterrichtsqualität

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

- I. zu berichten,
 1. wofür die den Schulen bzw. den Lehrerinnen und Lehrern zugesprochenen Entlastungsstunden eingesetzt werden und welche Bedeutung dem allgemeinen Entlastungskontingent hinsichtlich der Arbeitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Unterrichtsqualität zukommt;
 2. ob sie das derzeit im Land bestehende Entlastungskontingent angesichts der in den letzten Jahren gestiegenen Zusatzaufgaben der Lehrerinnen und Lehrer im unterrichtlichen wie außerunterrichtlichen Bereich als ausreichend bewertet;
 3. inwieweit die geplanten Streichungen von Lehrerstellen in Verbindung mit den massiven Kürzungen im allgemeinen Entlastungskontingent – wie sie für die Änderungen in der Verwaltungsvorschrift „Arbeitszeit der Lehrer an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg“ angekündigt wurden – die Unterrichtsversorgung und die Bildungsqualität an den baden-württembergischen Schulen verschlechtern;
 4. welche Schulart sie mit welchen Kürzungen bzw. Streichungen von Entlastungsstunden im Rahmen der angekündigten Änderungen in der Verwaltungsvorschrift „Arbeitszeit der Lehrer an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg“ belasten will (tabellarische Darstellung nach den einzelnen Schularten);
 5. wie viele Lehrerdeputate sie durch die Kürzungen im allgemeinen Entlastungskontingent einspart und welche konkreten Mehrbelastungen im Zuge der Umsetzung auf die Lehrerinnen und Lehrer an den verschiedenen Schularten im Land zukommen;
 6. ob sie als Kompensation insbesondere für ältere Lehrkräfte plant, das Gesundheitsmanagement präventiv auszuweiten, um so den sich abzeichnenden negativen Folgen entgegenzuwirken;
 7. welchen Stellenwert sie außerunterrichtlichen Veranstaltungen und Aufgaben der Lehrkräfte, die durch das Entlastungskontingent abgedeckt sind – wie Exkursionen, Projekttag, Unterstützung der Schulleitung, Betreuung des Computerraums etc. – beimisst;
 8. welche konkreten Aufgabenstreichungen sie im Tätigkeitsbereich der Lehrerinnen und Lehrer im Zuge der Kürzung der Entlastungs- und Anrechnungsstunden für Zusatzaufgaben im Schulbereich plant;
 9. wie sich die Belastung der Lehrerinnen und Lehrer durch die im Zuge des Wegfalls der verbindlichen Grundschulempfehlung gestiegene Heterogenität an Realschulen und Gymnasien sowie die damit notwendig gewordenen zusätzlichen Unterstützungsangebote verändert hat;
 10. wie sie die Lehrerinnen und Lehrer für die Erledigung besonderer und zusätzlicher Aufgaben im Schulbereich zukünftig – bei einer Kürzung des Entlastungskontingents – angemessen entlasten will;

II.

die geplanten massiven Einschnitte in das allgemeine Entlastungskontingent ersatzlos zu streichen.

25.04.2013

Wacker, Wald, Traub, Schebesta, Kurtz, Müller CDU

Dr. Kern, Dr. Rülke, Dr. Bullinger, Haußmann, Grimm, Glück FDP/DVP

Begründung

Im Rahmen der von grün-rot geplanten Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Verwaltungsvorschrift „Arbeitszeit der Lehrer an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg“ soll es zu erheblichen Kürzungen bzw. Streichungen bei den Entlastungs- und Anrechnungsstunden für außerunterrichtliche Aufgaben im Schulbereich kommen. Dies betrifft besonders die Stunden des allgemeinen Entlastungskontingents, welche für die Lehrkräfte einen Ausgleich für die zusätzlichen Tätigkeiten darstellen. Ein Funktionieren des Systems Schule vor Ort ist ohne die Möglichkeit dieser flexiblen Entlastung für die Ausübung außerunterrichtlicher Aufgaben nur schwer möglich. Vom Entlastungskontingent betroffen sind neben pädagogischen Maßnahmen auch außerunterrichtliche Aufgaben, welche sich positiv auf das Schulklima auswirken.

Unter Kürzungen oder Streichungen in diesem Bereich würden nicht nur die Qualität der Bildung und die Lernbedingungen unserer Schülerinnen und Schüler massiv leiden. Auch die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer im Land würde zusätzlich belastet werden. Bereits heute wird die Unterrichtsversorgung in Baden-Württemberg zum Teil durch freiwillige Mehrarbeit der Lehrerinnen und Lehrer weitgehend abgedeckt. Eine zusätzliche Kürzung der Stunden des Entlastungskontingents würde zu einer höheren Belastung der Lehrkräfte und in deren Folge mittelfristig zu erhöhten Ausfallzeiten führen. Die Schulen könnten dann bestimmte Angebote wie Exkursionen, Elterngespräche u. v. m. nicht mehr gewährleisten – aber auch Lernmittelsammlungen, Fachräume u. a. blieben ohne Betreuung. Die organisatorische und praktische pädagogische Basis einer Schule würde somit weiter gefährdet werden.

Durch die steigende Heterogenität, die gerade an Realschulen und Gymnasien auf den Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung zurückzuführen ist, werden schulische Förderangebote zukünftig ausgebaut werden müssen. Das Gleiche gilt bei den Planungen, das Sitzenbleiben abzuschaffen oder überflüssig zu machen. Auch ein Ausbau von individuellen Fördermaßnahmen kann bei einer Streichung von Entlastungsstunden und einer gleichzeitig steigenden Arbeitsbelastung für die Lehrkräfte nicht gewährleistet werden. Für die Antragsteller stellt sich daher die Frage, wie die Lehrerinnen und Lehrer bei Kürzungen des Entlastungskontingents zukünftig für ihre zusätzliche Mehrarbeit entlastet werden sollen, damit die Qualität der Schule und der Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler nicht darunter zu leiden haben.

Außerunterrichtliche Aufgaben der Lehrkräfte könnten ohne die Stunden des Entlastungskontingents oftmals gar nicht gewährleistet werden. Die Betreuung von Netzwerken, Medien, Schülerbüchereien und Lernmitteln müsste neu organisiert werden, da dies bei einer Mehrbelastung durch Streichungen der Entlastungsstunden von den Lehrerinnen und Lehrer wohl nicht mehr übernommen werden kann. Es ist also insgesamt zu erkennen, dass die Schulen für einen optimalen organisatorischen Betrieb, für beste pädagogische Förderung der Schülerinnen und Schüler und für ein gutes Schulklima die Stunden des Entlastungskontingents dringend benötigen.

Mit diesem Antrag soll die Landesregierung um Auskunft gebeten werden, wie sie die Unterrichtsversorgung, die Bildungsqualität und den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler an den baden-württembergischen Schulen angesichts der Kürzungen des Entlastungskontingents gewährleisten und sichern möchte.